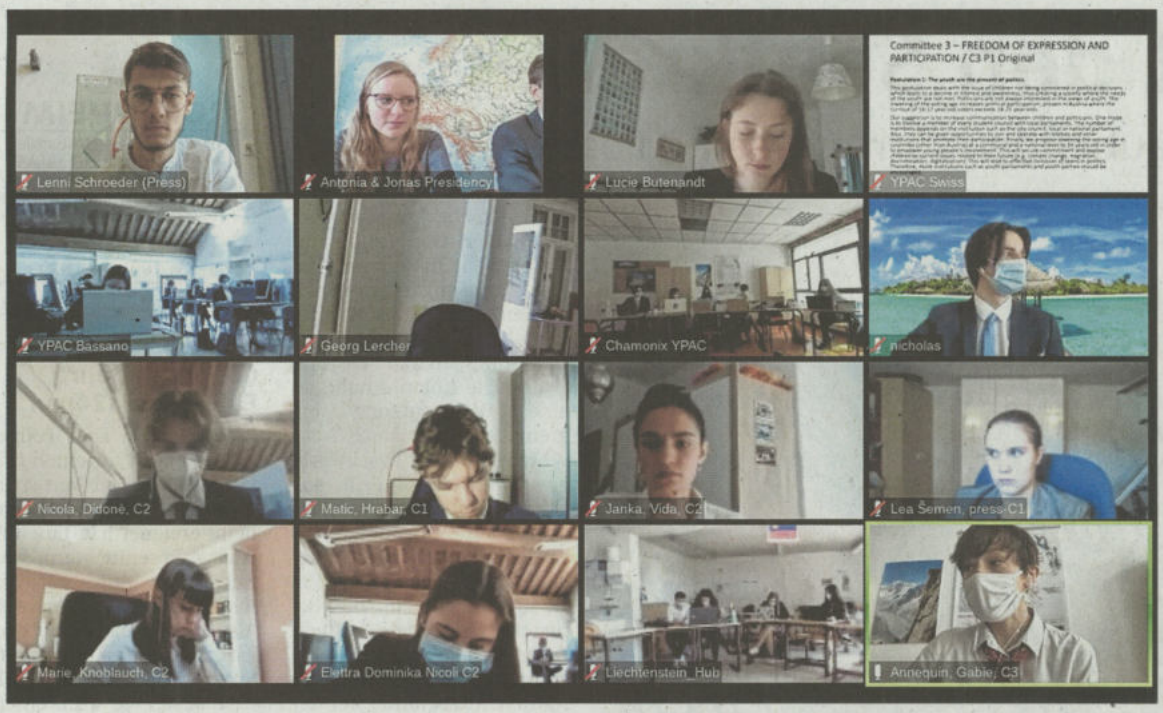
OVB 9.4.21



Aus sieben Alpenregionen trafen sich die Teilnehmer zur Online-Konferenz. REPRO SCHROEDER

Politik von daheim aus

Jugendparlament zur Alpenkonvention tagt digital

VON LEONARD SCHROEDER

Rosenheim – Alle Ampeln standen in Rosenheim im März vergangenen Jahres auf Grün für das 15. Jugendparlament der Alpenkonvention (YPAC), Gastgeber sollte das Karolinen-Gymnasium sein. Corona machte dem einen Strich durch die Rechnung. In diesem Jahr organisierten die virtuellen Gastgeber aus Trogen in der Schweiz dagegen eine Online-Sitzungswoche — so fand das YPAC jetzt quer über die Länder der Alpenregion verteilt an den verschiedensten Orten statt.

Das YPAC ist eine Parlamentssimulation, bei der sich Jugendliche von zehn Schulen aus sieben Staaten der Alpenregion jährlich treffen. Mit dabei: Eine Rosenheimer Delegation von Schülern des Karolinen-Gymnasiums. Aufgeteilt in vier Komitees diskutieren sie über Probleme in den Alpen und erarbeiten mit dem Input von Experten sogenannte Postulations, also konkrete Lösungsvorschläge. Diese werden in der „General Assembly" von allen Parlamentsmitgliedern kritisch hinterfragt und besprochen. Die Delegierten wählen acht der zwölf Postulations als „Resolutions", die sie dann an politische Entscheidungsträger weitergeben. Rahmenthema dieses YPACs war „Kinderrechte in der Alpenregion".

Die Zweifel, ob das Ganze online funktionieren würde, ob die Diskussionen so produktiv wie bei einer Präsenzveranstaltung wären und ob die Technik standhalten würde, waren im Vorfeld groß. Doch die Karo-Delegierte Marie Knoblauch war positiv überrascht: „Ich hätte eigentlich gedacht, dass es mehr technische Probleme geben würde, aber am Ende hat eigentlich alles überraschend gut funktioniert." Das größte Problem sei für sie das „stundenlange Am-Computer-Sitzen" gewesen.

Abwechslung für die Teilnehmer

Aber, ob in digitalen Leisure-Rooms, in denen sich die Delegierten in Pausen abseits der Komitee-Sitzungen online treffen konnten, oder bei Spielchen in der digitalen Hub, in der sich alle Teilnehmer täglich zu offiziellen Veranstaltungen trafen – die Trogener Organisatoren arbeiteten daran, das „Am-Computer-Sitzen" möglichst abwechslungsreich zu gestalten.

Das Rahmenthema „Kinderrechte" ist für die jungen Teilnehmenden von besonderer Brisanz – es betrifft sie direkt selbst. Die Schüler wissen, wo die Probleme liegen und was verändert werden sollte. Sie diskutierten viel über Lehrplan-Veränderungen und Missstände im Bildungssystem. Für die Rosenheimer Delegierten aus der neunten Klasse bis zur Oberstufe ein Thema, an dem sie besonders hart gearbeitet hätten. „Ich denke, dass es besonders wichtig ist, über Kinderrechte zu diskutieren. Gerade in diesem Jahr durch die Corona-Pandemie ist sichtbar geworden, dass vieles noch nicht ausreichend umgesetzt wurde", sagt Marie Knoblauch.

Neben den offiziellen Delegierten durften in dieser Sitzungswoche auch einige Schüler teilnehmen, die eigentlich schon im Sommer ihren Schulabschluss gemacht hatten, nachdem das „Rosenheimer"-YPAC ausgefallen war.

Vor den Laptops diskutierten diese Jugendlichen, inwiefern Kinder und Jugendliche in den Alpen in ihren Rechten eingeschränkt werden und wie dies verändert werden könnte. „Ich glaube nicht, dass viele Kinder oder Jugendliche sich ihrer Rechte bewusst sind. Deshalb fand ich das diesjährige Thema besonders wichtig und interessant, denn wer kennt sich besser mit dem Alltag von Kindern und Jugendlichen aus als diese selbst?", sagt Riana-Ioana Sima, eine weitere Delegierte aus der neunten Klasse.

Die Schüler arbeiteten dann daran, Lösungen zu den Problemfeldern „Persönliche Entwicklung und Bildung", „Gesundheit und Wohlbefinden", „Meinungsfreiheit und Partizipation" sowie „Gleichberechtigung, Integration und Migration". In Gesprächen mit Experten wie Kathrin Oppliger, einer Basler Anwältin für Kinderschutz, oder dem Schweizer Politiker Andrea Caroni, gab es zusätzliche Impulse. In der Generalversammlung stimmten sie dann ab, welche acht der zwölf erarbeiteten Postulations sie der Politik vorlegen wollen.

Reformen angemahnt

Die jungen Parlaments-Mitglieder fordern in diesen Resolutions, die Jugend mehr in die Politik einzubeziehen, indem das Mindestwahlalter auf 16 Jahre gesenkt wird. Außerdem brauche es Bildungsreformen, die die psychische Gesundheit von Schülern stärker beachten und deren Identität respektieren sollten, vor allem hinsichtlich sexueller und religiöser Orientierung. Es brauche eine „moderne Schule für eine moderne Welt".